

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Eigenbetriebsausschusses
am Mittwoch, den 12.10.2022
im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

stellv. Vorsitzender

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat David Sopp

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Die Linke

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Frau Stadträtin Cynthia Schneider

Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Integrationsrat

Herr Integrationsrat Deepak Bawa

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr Christian Dolle

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Frau Christine Hüttmann

Frau Claudia Kohler

Herr Matthias Pflüger

Herr Andreas Reitzig

Herr Hans-Peter Reuter

Gast

Herr Stadtrat Benedikt Disam

Herr Stadtrat Ludwig Majohr

Abwesend:**CDU**

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Paul Schneider

SPD

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Tagesordnung

=====

- 1** Sachstand Digitalisierung
- 2** Projekt "#Digital inklusiv im Quartier Oststadt + Hardt + Altstadt" – BIWAQ IV
- 3** Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
- 4** Bekanntgaben
- 5** Anfragen
- 5.1** VHS - Heizungsanlage
- 5.2** Biker-Union

Erster Bürgermeister Baron begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Sachstand Digitalisierung Vorlage: 175/2022

Protokoll:

Herr Dolle, Herr Reitzig und Frau Neher stellen den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass man ein erhöhtes Maß an Sicherheit habe, dies sei v. a. im Krisenfall wichtig.

Stadtrat Christian Krieg/CDU erkundigt sich nach den folgenden Punkten:

- Wie viele Gmünder Schulen seien zwischenzeitlich an das Glasfasernetz angeschlossen worden? Welche Anschlussmaßnahmen seien derzeit geplant? Bis wann würden alle Gmünder Schulen das Glasfasernetz angeschlossen sein?
- Welchen Umsetzungsstand habe der Digitalpakt Schule in Schwäbisch Gmünd? Wie viele iPads seien bestellt und an die Schülerinnen und Schüler ausgegeben worden? Seien ausreichend Geräte vorhanden? Welche Stelle innerhalb der Verwaltung kümmere sich um die Administration der Geräte?
- Welchen Stand habe die angekündigte Kindergarten-App? Wird werde die App von Seiten der Verwaltung auch trägerübergreifend angeboten und eingesetzt werden?
- Wofür werde man die Starlink-Anbindung von SpaceX verwenden und wie sei die Zuverlässigkeit?
- Wo würden die Bürgerinnen und Bürger die Service-BW-Angebote finden? Auf der Homepage gebe es keinen entsprechenden Hinweis dazu.
- Welchen Stand habe der CDU-Antrag für alle Stadträtinnen und Stadträte eine einheitliche Mail-Adresse einzurichten?
- Wie sei der Stand der Überarbeitung der Stadtteil Homepages und welcher Erfahrungen gebe es aus dem Pilotprojekt mit Bettringen?
- Seien durch die Umstellung der Telefonie auf Voice-Over-IP auch andere Telefonnummern in den Bezirksämtern erforderlich?
- Welchen Stand habe das Projekt AC/DC?
- Wie sei der Stand bei der Ausstattung städtischer Hallen und Bezirksämter mit öffentlichem WLAN?

Herr Dolle antwortet, das StarLink im Ahrtal gut funktioniert hätte. Man habe es erst seit kurzem im Einsatz, daher habe man noch keine eigenen Erfahrungen gesammelt.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass man zwei Stromaggregate bestellt habe, diese würden zur Feuerwehr kommen. Bei Service-BW könne man sich einfach einloggen.

Stadtrat Christian Krieg/CDU bittet um eine Verknüpfung mit der Homepage.

Herr Herrmann bestätigt, dass man dies angehen müsse, man werde es verlinken. Man optimiere es derzeit. Zu AC/DC führt er aus, dass man dran sei. Zum Pilotprojekt mit Bettringen äußert er, dass es derzeit noch an Inhalten fehle. Mit den Händlern und Gastronomen sei man im Austausch, wie man bei Social Media unterstützen könne.

Herr Reitzig antwortet, dass Bargau eine Softphone-Lösung habe. Technisch laufen diese an der zentralen Telefonanlage, Bargau habe daher auch die Vorwahl 07171. Die Kindergarten-App gehöre zu Little Bird.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass der Druck bezüglich des WLAN in den Hallen nachgelassen habe. Viele Telefentarife würden ein hohes Datenvolumen beinhalten. Es müssten immer Aufwand und Nutzen im Verhältnis stehen. Die Mailadressen der Stadträte seien bereits thematisiert worden, der Fraktionsvorsitzende könne es gerne im Rahmen einer Ältestenratsitzung nochmals ansprechen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Man habe das Online-Zugangsgesetz, Ende 2022 sollen alle Verwaltungsleistungen eingestellt werden. Er gehe davon aus, dass es ein Ziel sei, dass nicht erreicht werden könne, wisse aber nicht, wie viele es seien. Wo stehe man, auch im Vergleich zu anderen Kommunen? Er erkundigt sich, ob es eine Statistik über das Nutzerverhalten gebe. Wie viele Vorgänge würden per App abgebildet werden? Je weniger sie wahrgenommen werden würden, umso weniger Dynamik sei drin. Er erkundigt sich nach dem digitalen Bauantrag und ob dies von privaten Bauherren oder Architekten genutzt werde. Es brauche Schwung und Unterstützung. Er erkundigt sich, ob PayPal und Kreditkarten die einzigen Bezahlssysteme seien oder ob auch im Hinblick auf Debitkarten etwas geplant sei. Bei den Glasfaseranschlüssen könnten auch die Schulen profitieren, er erkundigt sich, ob dies mitbedacht werde, z. B. bei der Hardt-Grundschule.

Herr Dolle antwortet, dass es nach dem Online-Zugangsgesetz 575 Leistungen gebe, nicht alle seien von der Stadt erfasst. Es gebe verschiedene Reifegrade. Man beschränke sich darauf, wo es im Anschluss auch einen digitalen Prozess gebe. Man wolle keine Feigenblattdigitalisierung. Man sei bei einem Stand von 10 bis 15 Prozent der Leistungen, aber diese würden auch funktionieren. Ein reines Übermittlungsinstrument, das auch per E-Mail erfolgen könne, brauche man nicht.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass zwei Denkwelten aufeinanderstoßen würden, die in der Kompatibilität eine Bruchstelle hätten. Es sei wichtig, dass man es niederschwellig anbiete, aber eine Werbekampagne für Parkgebühren sei nicht notwendig. Aber es sollte den Leuten offengelassen werden. Es werde sich durchsetzen, wenn es der einfachere Weg sei.

Herr Dolle äußert, dass es bei den Debitkarten noch keine Information gebe, man habe aktuell giropay und paydirect, die nun fusioniert hätten.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, wenn man die Glasfaseranschlüsse über die VGW realisieren könne, hänge man sich auch daran.

Stadträtin Heusel/SPD erkundigt sich nach der Datensicherheit. Inwieweit habe man die Daten der Bürger abgesichert gegen Angriffe von außen? Wie weit werde es insgesamt schon genutzt? Inwieweit sei es bereits verankert, dass man online bereits viel erledigen könne? Für die Bürger sei es eine Vereinfachung, auch für die Verwaltung. Es sei etwas, was die Bürger selbst entscheiden müssten, aber man könne es befördern. Wie würden die Daten in der Verwaltung weiterverarbeitet? Das ein oder andere sei automatisiert, wie sei dies grundsätzlich geregelt und könne man hier noch etwas verbessern? Man sei bereits ein gutes Stück vorangegangen, hierfür spricht sie ihren Dank aus.

Herr Reitzig führt aus, dass die Datensicherheit oberste Priorität habe. Man habe das ganze Netzwerk hinter einem mehrstufigen Firewallsystem. Alle internen Daten hätten nur ein Schlupfloch nach außen. Bei den E-Mails könne man nicht hundertprozentigen Schutz bekommen. Der größere Feind sitze intern, wenn Mitarbeiter unvorsichtig seien. Hier wolle man Sensibilität schaffen.

Herr Dolle führt aus, dass eine automatische Weiterverarbeitung optimal wäre. Meistens laufe es derzeit jedoch so, dass ein PDF-Antrag eingehe und die Daten manuell eingegeben werden müssten. Man hoffe auf eine Standardisierung. Man habe ca. 180 Fachverfahren, es sei eine Herausforderung, man hoffe, dass es sich mit der Zeit verbessere.

Herr Reitzig betont, dass es bei den Fachverfahren außerdem viele Unterprozesse gebe.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE bedankt sich ebenfalls für den Vortrag, es höre sich gut an. Er erkundigt sich, wie die Erfahrung mit Homeoffice sei und ob es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebe, die Homeoffice auch noch heute nutzen würden? Die Terminvereinbarungssoftware sei eine tolle Sache. Man sehe aber noch sehr lange Warteschlangen. Er erkundigt sich, ob es die Bürger nicht wissen würden und ob man eine Informationsoffensive starten könne? Er erkundigt sich wie es mit dem Fachkräftemangel in der städtischen IT aussehe, auch mit Blick auf Ausbildung und Studienplätze? Warum seien es zwei Abteilungen, warum habe man es getrennt? Er gehe davon aus, dass man versuche, sich zu ergänzen.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man beim Homeoffice klare Regelungen habe und großzügig damit umgehe. Es müsse für den Dienstbetrieb und die Mitarbeiter passen, man versuche flexibel zu sein.

Herr Reitzig ergänzt die technische Sicht. Zu Beginn der Pandemie hätten innerhalb von einer Woche alle Mitarbeiter auf das städtische Netz von zuhause zugreifen können.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass es bei der Terminbuchung auch Menschen gebe, die bewusst warten anstatt einen Termin zu vereinbaren. Man zwingt niemanden zu etwas.

Herr Dolle ergänzt, dass die Terminbuchungen nicht so gut angenommen werden würden. Die durchschnittliche Wartezeit betrage zwischen acht und 18 Minuten. Im Vergleich zu anderen Städte sei es aber okay.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man sehr dankbar für jede Bewerbung sei, im IT-Bereich stehe man unter Konkurrenz, man sei gespannt wie sich der Markt entwickle.

Herr Dolle äußert, dass die Ausbildung zum Fachinformatiker seit 15 Jahren angeboten werde, man habe aktuell so viele Auszubildende wie noch nie.

Herr Reitzig äußert, dass sich die zwei Abteilungen bewährt hätten, es finde jedoch ein reger Austausch statt. Man habe auch die gleichen Systeme im Einsatz. Zur Personalausstattung äußert er, dass man am Anschlag sei, man aber pro Jahre viele Auszubildende habe. Im Bereich Sicherheit müsse man verstärken, man stelle rechtzeitig die entsprechenden Weichen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedankt sich. Es sei ein großes Thema. Es funktioniere in weiten Teilen sehr gut, es sollte für jeden verständlich sein. Interessant sei auch das Feedback von verschiedenen Anwendungen gewesen. Zum Handyparken hätte sie sich detailliertere Ausführungen gewünscht. Viele Leute würden lieber mit der Scheckkarte bezahlen statt mit der App. Es sei auch die Frage, ob man es so haben wolle. Wenn man sich verschiedene Anträge anschau, gebe es Hilfestellungen? Außerdem erkundigt sie sich, ob es Kopien der ausgefüllten Formulare gebe? Man werde immer mehr zum gläsernen Mensch. Die Sicherungssysteme habe man angesprochen. Es gebe nicht nur Katastrophenfälle. Wie gehe man damit um? Die Daten müssten auch gesichert werden.

Herr Dolle antwortet, dass Service-BW eine Hotline habe, bei der man anrufen könne. Zu den Kopien der Formulare äußert er, dass man von allen Dokumente, die man sende, eine PDF in das Postfach bekomme.

Herr Reitzig ergänzt, dass die Daten der Bürger gesichert seien.

Stadtrat Majohr/FDP/FW bedankt sich ebenfalls. Man setze voraus, dass das Computerhandlung bei der Bevölkerung homogen sei. Es gebe jedoch große Unterschiede zwischen den jüngeren und älteren Personen. Er erkundigt sich, ob die Antragstellung auch durch Dritte erfolgen könne. Außerdem sieht er die Gefahr, dass Anträge willkürlich gestellt werden und damit die Ämter überflutet werden würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass jeder, der den persönlichen Kontakt suche, herzlich willkommen sei. Das Antragsverfahren könne auch durch eine Dritte Person durchgeführt werden. Auch auf einem Papierantrag könne Missbrauch betrieben werden, aber es gebe keine Motivation dafür, da es keinen wirtschaftlichen Vorteil gebe.

Stadtrat Majohr/FDP/FW ist der Ansicht, dass Erster Bürgermeister Baron den Übermut mancher unterschätze.

Herr Dolle ergänzt, dass Service-BW geschützt sei durch den Personalausweis und einen TAN-Generator.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich, ob man den Kirchenaustritt auch digital stellen könne.

Herr Dolle verneint dies, manche Dinge könne man nur persönlich machen.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2, 10.3

nachrichtlich an Amt:

**zu 2 Projekt "#Digital inklusiv im Quartier Oststadt + Hardt + Altstadt" – BIWAQ IV
Vorlage: 121/2022**

Protokoll:

Frau Hüttmann stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Herr Reuter führt aus, dass es auch hohe Kosten verursache. Es sei eine sehr gute Sache.

Frau Hüttmann stellt die beteiligten Mitarbeiterinnen vor.

Erster Bürgermeister Baron begrüßt Frau Rost, die neue Inklusionsbeauftragte.

Stadtrat Baumhauer/CDU bedankt sich für den Vortrag. Das Projekt sei sehr erfolgreich gewesen, der Ausblick lese sich nicht so optimistisch. Viele Dinge müssten fortgeführt werden. Wie schaffe man eine Verstetigung der Dinge, die angestoßen worden seien?

Frau Hüttmann äußert, dass es auch vergleichbare Maßnahmen gebe, man werde die Menschen nicht alleine lassen, sondern suche den Kontakt mit anderen Trägern.

Erster Bürgermeister Baron ergänzt, dass man einen Übergang schaffen wolle, man arbeite an Perspektiven. Man müsse sich auf die Antragsstellung konzentrieren, man sei optimistisch.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 50

nachrichtlich an Amt:

zu 3 **Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd**
Vorlage: 133/2022

Protokoll:

Herr Hägele erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bittet um Vorstellung der Sichtweisen des HGVs und des AK Mobilität.

Herr Hägele erläutert, dass der AK Mobilität sich eine höhere Gebühr hätte vorstellen können für das Anwohner- und Kurzzeitparken.

Erster Bürgermeister Baron führt aus, dass der HGV keine Einwände habe.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass man bei den Kurzzeitparkplätzen mitgehen könne, man brauche keine Erhöhung. Beim Thema E-Fahrzeuge stimme man ebenfalls der Vorlage zu, man sei für die Abschaffung, da ein Hybrid-Fahrzeug kein E-Fahrzeug sei. Bei den Bewohnerparkausweisen würde man sich 90 Euro wünschen, bei der Erhöhung für Gewerbetreibende könne man mitgehen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bittet um eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Beschlussanträge. Parken koste immer Geld und das sei auch in Ordnung, da beim Parken im öffentlichen Raum der öffentliche Raum von Privaten beansprucht werde. Es sei in Ordnung, sofern der öffentliche Raum ausreichend zur Verfügung stehe. In der Innenstadt werde aber deutlich, dass er begrenzt sei. Hier müsse man daher regulierend eingreifen. Man habe mit der Vorlage Punkte erhalten, die deutlich weitergehen würden, dies halte man im Grundsatz für richtig. Zu den Kurzzeitparkgebühren äußert er, dass diese seit 20 Jahren nicht mehr erhöht worden seien, im Vergleich zu anderen Städten sei man am unteren Ende. Die anderen Städte seien etwas höher. Sinnvoll wäre es, dass man es vereinfache, jeweils 20 Minuten 50 Cent. Es sei eine moderate Erhöhung. Zur Abschaffung des Parkprivilegs für E-Fahrzeuge berichtet er von einer kontroversen Diskussion in der Fraktion. Es sei durchaus eine einleuchtende Argumentation, wenn die teuren Hybridfahrzeuge mit Subvention gekauft werden würden und dann noch mit einem Parkplatz subventioniert werden würden. Es drehe sich um die Trennschärfe zwischen den unterschiedlichen Antrieben. Es gebe im Ostalbkreis 1,4 Prozent von batterieelektrischen Fahrzeugen zum Stand 1. Juli. Es sei nicht das Ende der Anreizkomponente erreicht. Rein elektrische Fahrzeuge sollten auch gerne weiterhin zeitlich begrenzt, aber kostenfrei parken dürfen. Man sei der Ansicht, dass man dieses 2016 als Anreiz eingeführte „Bonbon“ durchaus weiter beibehalten solle, aber nur für rein elektrische Fahrzeuge. Es sei nicht schwierig zu unterscheiden. Man könne es am E-Fahrzeug unterscheiden. Zum Bewohnerparken führt er aus, dass die Landesregierung die Parkgebührenverordnung weit ausgeweitet habe. Eine Vervielfachung sei unter dem Strich dennoch erstaunlich wenig, die niedrigen Kosten hätten dazu geführt, dass wenige Anträge gestellt worden seien. Bei einer Steigerung würden die Zahlen zurückgehen, es sei eine gewisse Bereinigung. Das mehr an Geld sei aber sinnvoll, da man Kosten habe, um die Attraktivität der Stadt für Nicht-Autos deutlich zu erhöhen. Es sei ein langfristiges Ziel, eine autofreie Innenstadt hinzubekommen. Vorbild sei Tübingen, die Stadt

habe ein Zwei-Stufenmodell nach Gewichtsklassen. 120 Euro, ab 2.000 kg Leergewicht 180 Euro. Die Parkraumbewirtschaftung habe auch einen Verdrängungseffekt. In Schwäbisch Gmünd und im Ostalbkreis nehme die Zahl der Kraftfahrzeuge ständig zu, Parkprobleme würden sich ringförmig um die Innenstadt herum fortsetzen. Man solle die Bereiche daher mitbetrachten. Wenn der Raum knapp werde, solle auch dort eine Bewirtschaftung eingeführt werden. Solche Maßnahmen sollten kurzfristig umgesetzt werden.

Herr Hägele antwortet, dass man allein aus rechtlicher Sicht keine Unterscheidung zwischen Hybrid- und reinen E-Fahrzeugen machen könne.

Stadtrat Dr. Beck/SPD ist mit den Beschlussvorschlägen zu den Kurzzeitparkplätzen und den E-Autos einverstanden. Das Privileg habe sich erübrigt, denn ein parkendes E-Auto sei in der Stadt genauso ein Problem wie ein Verbrenner-Auto. Bei den Bewohnerparkausweisen wolle man 120 Euro, man könne aber auch mit 90 Euro mitgehen. Mit den 360 Euro sei man einverstanden.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass die Fraktion den Schritt begrüße. Kurzzeitparken könne nicht in Stein gemeißelt sein, aufgrund der momentanen Situation solle man es aber so belassen. Es sei wichtig, da man die Mobilitätswende wolle. Diese gelinge nur, wenn man die Parameter verschiebe. Seit 20 Jahren seien die Gebühren unverändert, die Kosten für die Infrastruktur würden aber ständig steigen. Er fordert, dass man die Mehreinnahmen ausschließlich zur Finanzierung der anderen Mobilitätsarten, Ausbau der Radwegeinfrastruktur, Verbesserung für Fußgänger und Einrichtung von Busspuren sowie Fahrradstellplätzen verwende. Im Vergleich zu anderen Städte zeige sich, dass man zurückliege, Aalen investiere ein Zig-Faches in die Fahrradinfrastruktur. 120 Euro seien angemessen, 10 Euro pro Monat könne man gut nach außen vertreten. Für Menschen mit kleinem Budget hätten andere Städte sinnvolle Lösungen. Er schlägt für Bewohner mit Bonuskarte eine Ermäßigung um 50 Prozent vor. Die Fraktion unterstütze die Erhöhung der Parkgebühren. Man bestehe auf Sozialermäßigungen. Man wolle eine Reduzierung des Verkehrs, es spiele keine Rolle, welcher Antrieb in der Karosserie stecke. Er erkundigt sich, ob man die Parkraumbewirtschaftung auf angrenzende Gebiete ausweiten könne, er bittet außerdem um eine Auflistung bis zur Ältestenrat- bzw. Gemeinderatssitzung, wie hoch die Stellplatzablösegebühr im Vergleich zu den Nachbarstädten sei. Man solle sich dies anschauen und ggf. anpassen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen ist ebenfalls für eine Abschaffung des Privilegs für Kurzzeitparkplätze. Die Anhebung auf 120 Euro für Bewohnerparkplätze sei sehr hoch, auch im Vergleich zu anderen Städten.

Stadtrat Disam/Die Bürgerliste bittet darum, die Kurzzeitparkplätze nicht zu erhöhen, da man die Kaufkraft erhalten müsse. Auch E-Autos solle man nicht mehr privilegieren. Die Erhöhung auf 120 Euro sei auch gut, er schlägt eine Preisstaffelung vor. 360 Euro für Gewerbetreibende sei in Ordnung.

Stadtrat Majohr/FDP/FW ist mit der Vorlage der Verwaltung einverstanden.

Stadträtin Heusel/SPD bittet darum, das Thema Anwohnerparken außerhalb der Zonen, auch in der Südstadt, in einem Stadtteilforum abzufragen. Hier solle geklärt werden, ob das Verdrängungsparken so stark sei, dass man handeln müsse. Dies solle man gezielt analysieren.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man dies aufnehme und es beim nächsten Forum bespreche.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen kritisiert, dass in der Vorlage stehe, dass der Anteil von E-Fahrzeugen deutlich gestiegen sei. Diesen Satz hält sie für nicht richtig, da der Anteil der reinen E-Fahrzeuge im Jahr 2022 immer noch bei unter zwei Prozent liege. Außerdem könne man leicht erkennen, ob es ein reines E-Fahrzeug sei oder nicht. Sie fände es lächerlich, wenn man es zurückschraube.

Erster Bürgermeister Baron äußert, dass die Vorlage der Verwaltung eine Kompromissvorlage sei. Die 120 Euro, die die Verwaltung vorgeschlagen habe, seien nicht aus der Luft gegriffen. Es sei schwierig zu sagen, ob es eine Verdreifachung oder Vervierfachung sei. Wenn man einen Betrag setze, dann stehe er. Daher solle man auch einen Betrag nehmen, der eine Weile halte und zukunftsfähig sei. Es gehe weniger darum, eine neue Einnahmequelle zu schaffen. Es sei ein Steuerungsinstrument. 120 Euro sei daher aus seiner Sicht ein guter Betrag. Er bezweifle, ob der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nach den Stellungnahmen Aussicht auf Erfolg habe. Es müsse außerdem auch umsetzbar sein. Dass die Kontrolleure mit aktuellen Listen umherlaufen, sei nicht möglich, außerdem gebe es eine klare Rechtslage, das Kennzeichen sei eine handhabbare Unterscheidung. Wenn man den Antrag aufrechterhalte, müsse man die Umsetzbarkeit bedenken. Über die Argumente könne man diskutieren. Er führt außerdem aus, dass die Bonuskarte nicht für dafür gedacht sei, dass man weitere Gebührentatbestände davon ableite. Die Gebühren würden allgemein dem Haushalt zugutekommen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen könne man dies entsprechend berücksichtigen. Zur Preisstaffelung äußert er, dass er für transparente und einfache Lösungen werbe. Wer ein Auto habe, solle auch bezahlen.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Zusammenfassung. Man könne im Gesamten mitgehen, auch mit 120 Euro. Es sei eine Gefühlssache, das Gefühl der Fraktion sage zur jetzigen Zeit sei eine vierfache Erhöhung nicht richtig, man werde die 120 aber nicht blockieren. Bei der Unterscheidung zwischen einem richtigem E-Fahrzeug und einem Hybrid-Auto werde man nicht mitgehen. Es sei auch nicht zumutbar, es sei völlig weltfremd.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen findet, dass ein rein elektrisches Auto zu erkennen, keine Schwierigkeiten bereite. Über die rechtlichen Aspekte könne man sich gern nochmals austauschen. 50 Cent für 20 Minuten sei einfacher.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 4 Bekanntgaben**Protokoll:**

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

zu 5 Anfragen**zu 5.1 VHS - Heizungsanlage****Protokoll:**

Stadtrat Thomas Krieg/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass ein VHS-Kurs in ein Klassenzimmer der Klösterleschule verlegt werden musste, dieser Raum sei völlig überheizt gewesen, eine Regulierung sei nicht möglich gewesen. Er erkundigt sich nach den aktuellen Vorgaben seitens der Verwaltung und ob diese auch kontrolliert werden würden. Er erkundigt sich, ob es Probleme mit den Heizungsanlagen in alten Gebäuden gebe und ob Lösungen angestrebt werden würden.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass es klare Vorgaben vom Kultusministerium gebe. Die VHS sei ein eingetragener Verein, diese falle daher nicht unter die Regelungen. Im Aufsichtsrat der VHS habe man beschlossen, dass man die Regelungen für die Verwaltungsgebäude auf die VHS übertrage, soweit dies sachgerecht sei. Für Verwaltungsräume würden 19 Grad, für Werkräume 19 Grad oder weniger, z. B. in Turnhallen, gelten. Die Umsetzung erfolge durch die VHS in Eigenregie, die VHS habe auch ein Energiesparkonzept erarbeitet. Man habe für alle Einheiten Verantwortliche benannt. Um schwer regulierbare Anlagen kümmere man sich im Einzelfall.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 65

zu 5.2 Biker-Union**Protokoll:**

Stadtrat Christian Krieg/CDU berichtet von einem ntv-Bericht, in dem auch die Biker-Union vorgekommen sei und berichtet habe, dass sie auf Desinteresse bei der Stadt-

verwaltung stoßen würde. Er erkundigt sich daher, was man mit den eingehenden Meldungen mache.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man mit Herrn Feifel in engem Kontakt stehe. Er mache auf verbesserungswürdige Situationen und Gefahrenstellen aufmerksam.

Herr Hägele ergänzt, dass man bei noch nicht bekannten Gefahrenstellen Schilder anbringe, außerdem verbessere man Schadstellen durch Sanierungen. Oftmals seien diese aber außerorts, hier sei man nicht zuständig.

Erster Bürgermeister Baron antwortet, dass man gemeinsam um die beste Lösung ringe.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Erster Bürgermeister Baron die Sitzung.

Auszug

zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30, BZA Weiler i. d. B.

nachrichtlich an Amt:

Für die Richtigkeit!

Den
Erster Bürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: